

ANTIRA LANDTAG WATCH

Neues über Migrationspolitik im sächsischen Landtag

Ein Newsletter vom

linXXnet
Politik Kultur Projekte

Liebe Leser*innen,

verspätet wünsche ich euch mit diesem thematischen Newsletter ein kraftvolles und gutes neues Jahr.

Bereits jetzt hat das Jahr 2018 deutlich gemacht, in welchen Zeiten wir leben und welche Herausforderungen vor uns stehen. Der Jahreswechsel war geprägt von einer aufgeheizten Debatte gegen unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Wenig später präsentierten CDU/CSU und SPD, auf welcher asylpolitischen Basis sie die Regierung fortsetzen wollen: Abschiebezentren, eine Obergrenze bei der Aufnahme von Geflüchteten, die weitere faktische Aussetzung des Familiennachzug und die beliebige Ausweitung "sicherer Herkunftsstaaten" sind das Ergebnis der Sondierungsgespräche und versprechen weitere Verschärfungen in diesem Bereich. Zwar knapp, Die SPD-Basis hat sich am 21. Januar 2018 mit knappem Abstimmungsergebnis entschieden, auf Basis dieser Grausamkeiten Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU zu beginnen.

Parallel zu diesen institutionellen Verschärfungen gab es im Januar wiederum in Sachsen rassistische Anschläge und Angriffe: In Wurzen stürmten Rechte ein Wohnhaus, in dem Migrant*innen lebten, diese wehrten sich und haben nun zum Teil die Stadt verlassen. In Plauen gab es kurz vor Silvester einen Brandanschlag auf ein von Roma und Romnja bewohntes Haus, im Januar versuchten Unbekannte im Keller eines Hauses, in dem ebenfalls Roma und Romnja untergebracht waren, ein Feuer zu legen. In Dresden hetzten Rassist*innen im Januar einen Hund auf eine junge Frau aus Äthiopien.

Kaltland ist real. Doch wir haben es in der Hand, gegenzuhalten und für eine offene Gesellschaft zu streiten und die Migrationsgesellschaft zu gestalten. Auch im Jahr 2018 werden wir uns für die Belange von Geflüchteten, für die gleichberechtigte Teilhabe von Migrant*innen und für ein friedliches Zusammenleben stark machen. Die Linksfraktion im Landtag arbeitet derzeit in Endzügen an einem Integrations- und Teilhabegesetz für Sachsen. Und wir werden weiter auf die Strasse gehen und Rassismus und Diskriminierung die Stirn bieten.

In diesem Sinne: Auf ein gutes, kraftvolles und solidarisches Jahr 2018!



Rassismus im ländlichen Raum totgeschwiegen

Dass Geflüchtete in die sächsische Großstädte wegen der Ausländerfeindlichkeit des sächsischen ländlichen Raums umziehen, wird in der Diskussion über die Wohnsitzauflage nicht mal erwähnt. Auf die materielle Isolierung von Geflüchteten auf dem Land (fehlende Mobilitätsstrukturen) addiert sich ihre soziale Isolierung. Die Wohnsitzauflage ist deshalb nicht nur ein starker Eingriff in die Bewegungsfreiheit und Selbstbestimmtheit der Betroffenen sondern Geflüchteten werden auch dadurch die Chance auf eine gelungene Integration entzogen.

Zuzug von Geflüchteten in die drei Großstädte Chemnitz, Leipzig, Dresden
(Asylbewerber im Verfahren, anerkannte Asylbewerber, Geduldete, Studenten und Arbeitnehmer mit Fluchhintergrund)



Der "enorme Zuzug" als empirischer Luftschloss

In ihrem Newsletter begründet die Staatsministerin Petra Köpping die Wohnsitzauflage mit dem Schreckenbild eines "enormen Zuzugs" von anerkannten Geflüchteten nach Chemnitz, Leipzig und Dresden. Ein Blick in die Empirie zeigt, dass diese Begründung nicht fundiert ist: die Tendenz von Zuzügen ist seit ca. einem Jahr stark fallend (siehe Graphik). Dies ist vor allem in Leipzig und Chemnitz eklatant, wo die Zahl von Zuzügen seit Anfang 2017 sich mehr als halbiert hat (Quelle: [Kleine Anfrage über die Rechtmäßigkeit der Wohnsitzauflage](#)).

Weitere Statistiken stellen die öffentliche Darstellung von Chemnitz und Dresden als von Geflüchteten überlastete Städte in Frage: 50 bzw. 30% der Wohnungskapazitäten für Geflüchtete in diesen Städten sind nach eigenen Angaben des Staatsministerium des Innern nicht belegt. Aktuell sind über 2700 Plätze in diesen zwei Städten frei. Das entspricht der Summe der Zuzüge der letzten zwei Jahre. Knapp an der Kapazitätsgrenze sind diese zwei Städte also wirklich nicht.



Created by Juan Pablo Bravo
from Noun Project

Zwang kann keiner Integration dienen

Wie die Kontaktgruppe Asyl in ihrem offenen Brief verkündete: "Insgesamt erscheint uns die Wohnsitzauflage in Sachsen eher als Integrationsbremse denn als Integrationsinstrument. Soziale Brennpunkte entstehen dort, wo Menschen sich nicht wohlfühlen und Perspektivlosigkeit empfinden. Eine Wohnsitzauflage unter Zwang ist genau der Weg dorthin". Wer will, dass Menschen auf dem Land bleiben, muss durch Anreize diese Wahl gegenüber den Großstädte attraktiver machen. Zwang hilft da nicht!



Keine Zuzugssperre für Freiberg

Die Stadt Freiberg in Mittelsachsen will als erste sächsische Stadt einen Zuzugsstop nach § 12a Aufenthaltsgesetz und damit eine "negative Wohnsitzauflage" erlassen. Begründet wird dieser Vorstoß mit einem großen Zuzug von Geflüchteten und dadurch auftretenden Problemen bei der Integration. Die Linksfraktion wird im kommenden Landtagsplenum einen dringlichen Antrag stellen, derartige Zuzugsverbote nicht zuzulassen und Freiberg wie auch die anderen Landkreise, Städte und Gemeinden finanziell, personell und organisatorisch so zu unterstützen, dass die Integration von Geflüchteten leistbar ist. Zudem sollen Geflüchtete selbstbestimmt ihren Wohnort wählen dürfen - das schließt die dezentrale Unterbringung mit ein.



Finanzielle Motive für eine Wohnsitzauflage sind rechtswidrig, sagt der EuGH

Der europäische Gerichtshof entschied außerdem im März 2016, eine Wohnsitzauflage verstoße gegen die EU-Qualifikationsrichtlinie, wenn ihr Zweck in der gleichmäßigen Verteilung von Kosten für Sozialleistungen liege. Die Begründung der Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, basiert aber genau darauf. Außerdem sollten nur Geflüchtete, die Sozialleistungen in Anspruch nehmen, von der Wohnsitzauflage betroffen sein, was dieses finanzielle Motive belegt. Sie befindet sich somit an der Grenze zur Rechtswidrigkeit.



**Eines ist sicher –
Afghanistan ist nicht
sicher. Abschiebungen
stoppen! DIE LINKE.**

Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Geflüchtete: sächsische Ausländerbehörden stellen sich quer

Der sächsische Flüchtlingsrat berichtet anhand der Geschichte eines albanischen Familienvaters über willkürliche Ablehnungen von Arbeits- und Ausbildungs-erlaubnissen durch sächsische Ausländerbehörden. Diese destruktive Nutzung ihres Ermessensspielraums ist schlichtweg absurd: gut integrierte Menschen mit Berufsperspektive werden so abgeschoben. In einer kleinen Anfrage fragten wir den Staatsminister des Innern, wie viele Geflüchtete trotz Ausbildungsvertrag abgeschoben wurden und wie vielen die Ausbildungserlaubnis versagt wurde. Die Antwort ist zynisch: "Statistisch werden die erfragten Daten nicht erfasst." Anders gesagt: interessiert uns nicht.

Demonstration in Dresden am 31.01 gegen Abschiebungen nach Afghanistan!

Am 31. Januar wird im Sächsischen Landtag eine Petition gegen Abschiebungen nach Afghanistan übergeben, die von über 1600 Menschen unterschrieben wurde. Es ist klar: Sachsen muss Verantwortung übernehmen. Die Petitionsübergabe wird mit einer Kundgebung flankiert, Start 15:30 vor dem Landtag am Bernhard-von-Lindenau-Platz.



linXXnet e.V Bornaische Str. 3d Tel: +493413081199 Fax: +493413081200

antira-news@linxx.net

[Newsletter abmelden](#)

